

Übersicht der gestellten Fragen

Über einen Klick auf eine Frage werden Sie zu den entsprechenden Parteipositionen weitergeleitet.

- 1) „In Deutschland soll es in Zukunft ein Verbot von Diesel- und Benzinautos geben.“
- 2) „Deutschland soll in Zukunft komplett durch erneuerbare Energien versorgt werden.“
- 3) „Unternehmen sollen die Höhe von Managergehältern ohne staatliche Einschränkungen festlegen dürfen.“
- 4) „Der betriebliche Kündigungsschutz soll gelockert werden, damit leichter neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.“
- 5) „Der Staat soll Maßnahmen ergreifen, um gleiche Bezahlung unabhängig vom Geschlecht durchzusetzen.“
- 6) „Deutschland soll weiterhin unbegrenzt Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufnehmen.“
- 7) „Abgelehnte Asylbewerber und -bewerberinnen sollen konsequent abgeschoben werden – auch nach Afghanistan.“
- 8) „Es soll Integrationskurse für alle Asylsuchenden geben, auch bei geringen Chancen auf ein Bleiberecht.“
- 9) „Anstelle des Ehegattensplittings sollen Steuervorteile für Familien mit Kindern geschaffen werden.“
- 10) „Die Vermögenssteuer soll wieder eingeführt werden.“
- 11) „Investitionen in Sozialpolitik und Infrastruktur sollen Vorrang vor dem Schuldenabbau haben.“
- 12) „Spitzenverdiener sollen steuerlich höher belastet werden.“
- 13) „Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union ist eine gute Sache.“
- 14) „Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen beendet werden.“
- 15) „Wenn Großbritannien nach dem Brexit keine Personenfreizügigkeit gewährt, soll es keinen Zugang zum EU-Binnenmarkt bekommen.“
- 16) „Ökonomisch schwächere Länder, wie z.B. Griechenland, sollten nicht in der Eurozone sein.“
- 17) „Es soll ein generelles Verbot von Rüstungsexporten deutscher Firmen geben.“
- 18) „Deutschland soll außenpolitisch unabhängiger von den USA sein.“
- 19) „Deutschland soll seine Militärausgaben erhöhen, um das 2%-Ziel der Nato einzuhalten.“
- 20) „Die Sanktionen gegenüber Russland sollen gelockert werden.“
- 21) „Gleichgeschlechtliche Ehepaare sollen kein vollständiges Adoptionsrecht haben.“
- 22) „Christliche Werte sollen das Leitbild deutscher Politik sein.“
- 23) „Ein Überwachungsprogramm im Internet ist für die Bekämpfung des Terrorismus notwendig.“
- 24) „Volksentscheide sollen auch auf Bundesebene durchgeführt werden.“
- 25) „Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgeweitet werden.“

„In Deutschland soll es in Zukunft ein Verbot von Diesel- und Benzinautos geben.“

Stimme eher nicht zu

"Generelle Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugtypen lehnen wir ab." (Wahlprogramm S. 47)

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme eher nicht zu

Martin Schulz hat sich gegen Diesel-Fahrverbote in Städten mit hoher Feinstaubbelastung ausgesprochen. Der Diesel-Motor werde noch eine gewisse Zeit gebraucht, sagt er bei Besuch der Audi-Werke in Ingolstadt.

[Quelle](#)

SPD

Stimme eher zu

"Es ist ein richtiger Schritt des Verwaltungsgerichts, im Rahmen seiner Verfahrensabwägung, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit so auszulegen, dass der Gesundheitsschutz höher gewichtet wird als das Recht auf Eigentum und die allgemeine Handlungsfreiheit der vom Verbot betroffenen Kraftfahrzeugeigentümer."

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme voll und ganz zu

„Aus industrie- und klimaschutzpolitischen Gründen muss die nächste Bundesregierung ein klares Ziel setzen: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Das Zeitalter der fossilen Verbrennungsmotoren ist dann zu Ende.“ (Wahlprogramm S. 67)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher nicht zu

„Die Grünen planen ein Verbot von Verbrennungsmotoren für Pkw ab 2030. Der Grünen-Bundesvorstand fordert in einem Antrag für den Grünen-Parteitag im November, von 2030 an keine Autos mit Benzin- oder Dieselmotoren mehr neu zuzulassen. Die Freien Demokraten stemmen sich dem entgegen. FDP-Chef Christian Lindner twitterte: Keine neuen Benzin- und Dieselaautos mehr ab 2030? Klimapolitik ist dabei, sich völlig vom gesunden Menschenverstand zu verabschieden.“

[Quelle](#)

FDP

Stimme überhaupt nicht zu

„Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, z.B. Dieselfahrzeuge, lehnt die AfD ab.“ (Wahlprogramm S. 69)

[Quelle](#)

AFD

„Deutschland soll in Zukunft komplett durch erneuerbare Energien versorgt werden.“

Stimme eher nicht zu

„Langfristig muss ein großer Teil der fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas durch umweltfreundliche Energien ersetzt werden. Mit der Einleitung der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien hat Deutschland hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet und Alternativen zu den fossilen Energien aufgezeigt. Unser Beispiel wird jedoch nur Schule machen, wenn die Energiewende gelingt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten bleibt.“ (Wahlprogramm S. 69)

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme eher zu

„Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir erneuerbare Energien weiter ausbauen. Erneuerbare Energien aus Windkraft (Off- und Onshore) und Sonnenenergie sind langfristig die kostengünstigste Form der Energieerzeugung. Sie machen uns unabhängig von Öl, Erdgas und Uran aus Konfliktregionen. Sie tragen zur lokalen Wertschöpfung bei und zu einem fairen Energiemarkt.“ (Wahlprogramm S. 162)

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Der schrittweise Kohleausstieg beginnt 2018. Spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen. Bestandteil des Gesetzes ist ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken sowie für den Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen. Der Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke müssen unverzüglich abgeschaltet werden. Wir setzen uns für einen gesamteuropäischen Plan zur Stilllegung von Atomkraftwerken ein. (...) Der Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke müssen unverzüglich abgeschaltet werden.“ (Wahlprogramm S. 83-84)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme voll und ganz zu

„Für grüne Energie - komplett auf Erneuerbare umsteigen. Wir wollen die menschengemachte Klimakrise noch aufhalten. Das geht nur mit 100 Prozent Erneuerbaren. Bis 2030 wollen wir unseren Strombedarf vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Dazu werden wir die Obergrenzen für den Ausbau erneuerbarer Energien abschaffen und das Strommarktdesign sowie das komplizierte Abgabensystem auf Energie zugunsten der erneuerbaren Energien und der Speichernutzung novellieren. Bis zum Jahr 2050 soll die Energieversorgung auch für Gebäude, Mobilität und Prozesswärme in der Industrie ausschließlich aus erneuerbaren Energien erfolgen (Wahlprogramm S. 54)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir Freie Demokraten setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein und stehen neuen Technologien dabei offen gegenüber, auch wenn auf fossile Energieträger auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden kann. Erneuerbare Energien sind für uns ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft“ (Wahlprogramm S. 134)

[Quelle](#)

FPD

Stimme überhaupt nicht zu

" Die bestehenden Kernkraftwerke wollen wir deshalb nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen. Auch auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten können." (Wahlprogramm S. 66)

[Quelle](#)

AFD

„Unternehmen sollen die Höhe von Managergehältern ohne staatliche Einschränkungen festlegen dürfen.“

Stimme eher zu

„Die Union ist mit dem Vorschlag der SPD in vielen Punkten nicht zufrieden. Insbesondere lehnt die Unionsfraktion eine generelle Begrenzung der Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern ab und hält dies sogar für einen verfassungswidrigen Systembruch.“

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme eher nicht zu

„Die Vorstandsvergütungen in den Unternehmen sollten sich in einer sozialen Marktwirtschaft in einem angemessenen Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten befinden. Tatsächlich verdienen viele Manager das 50 oder gar 100-fache ihrer Beschäftigten. Wir werden die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen.“ (Wahlprogramm S. 53)

[Quelle](#)

SPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir wollen verbindliche Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter: Sie dürfen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen. [...] Jahresgehälter über einer halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein.“ (Wahlprogramm S. 15)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme überhaupt nicht zu

„Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen wollen wir daher bei einer Million Euro pro Kopf deckeln, jene von Gehältern bei 500.000 Euro pro Jahr und Kopf. Das ist etwa das 30-Fache des Mindestlohns.“ (Wahlprogramm S. 192)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme voll und ganz zu

„Angesichts der finanziellen Folgen der Abgas-Affäre bei Volkswagen sorgen exzessive Vorstandsvergütungen, Abfindungen und Rentenzahlungen für erhebliche Kritik und moralische Entrüstung - und das zu Recht. Das ist aber keine Begründung dafür, die erfolgreichen Prinzipien der Aufgabentrennung zwischen Staat und Wirtschaft in unserer Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft aufzugeben. Es bleibt dabei: Der Staat darf sich nicht in die Lohnfindung einmischen und die Vertragsfreiheit aushöhlen.“

[Quelle](#)

FPD

Stimme eher nicht zu

„Einige Spitzenmanager in Deutschland lassen sich mit unmoralisch hohen Summen vergüten. Dabei ist in manchem Konzern jedes vernünftige Maß abhandengekommen. Es darf nicht sein, dass in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität nur das Management profitiert, in wirtschaftlichen Krisen aber nur die einfache Belegschaft bluten muss. Hier besteht schon seit vielen Jahren Handlungsbedarf seitens der Politik, um solchen Fehlentwicklungen des Marktes entgegenzusteuern.“

Quelle

AFD

„Der betriebliche Kündigungsschutz soll gelockert werden, damit leichter neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.“

Stimme voll und ganz zu

„Arbeitsmarktpolitik: Die Christdemokraten wollen unter anderem Arbeitslosigkeit senken, den Kündigungsschutz flexibler und betriebliche Bündnisse rechtssicher gestalten.“

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme eher nicht zu

„Der Kanzlerkandidat will die betriebliche Mitbestimmung als Zukunftsmodell stärken. Für Beschäftigte, die Betriebsratswahlen organisieren, soll es einen besseren Kündigungsschutz geben. Die Störung der Betriebsratsarbeit sei kein Kavaliersdelikt. Ein Schlupfloch will Schulz schließen: Die betriebliche Mitbestimmung soll auch für Unternehmen gelten, die in Deutschland unter einer ausländischen Rechtsform etwa als Europäische AG firmieren.“

[Quelle](#)

SPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir wollen den Schutz der Arbeitsplätze stärken: Massenentlassungen bei profitablen Unternehmen wollen wir verbieten. Der Kündigungsschutz wird gestärkt.“ (Wahlprogramm S. 25)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme eher zu

„FDP spricht sich allgemein für flexible Lösungen aus. Der Auftrag der Freiburger Thesen ist auch in der modernen, flexibilisierten und hochtechnisierten Arbeitswelt weiter aktuell: Selbstbestimmung in allen Lebenslagen - auch im Betrieb.“

[Quelle](#)

FPD

„Der Staat soll Maßnahmen ergreifen, um gleiche Bezahlung unabhängig vom Geschlecht durchzusetzen.“

Stimme voll und ganz zu

„Wir wollen, dass Männer und Frauen gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen. Mit dem Entgelttransparenz-Gesetz haben wir dazu einen wichtigen ersten Schritt gemacht.“ (Wahlprogramm S. 13)

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme voll und ganz zu

„In einem Aktionsplan Gleichstellung werden wir alle gleichstellungspolitischen Maßnahmen bündeln, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Wir werden systematisch beobachten, messen und überwachen, ob die Ziele des Aktionsplans eingehalten werden (Monitoring). Um die Gleichstellungspolitik fortlaufend zu unterstützen, werden wir eine Stelle einrichten, die berät und Service anbietet. Und die dazu beiträgt, Ergebnisse für die breite Öffentlichkeit aufzubereiten (Beratungs-, Service- und Transferstelle). Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind.“ (Wahlprogramm S. 81)

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Um die Lohndiskriminierung von Frauen zu überwinden, braucht es einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz und Lohnmessungsinstrumente sind wichtige Schritte. DIE LINKE will darüber hinaus den Niedriglohnbereich, in dem mehrheitlich Frauen tätig sind, abschaffen.“ (Wahlprogramm S. 68)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme voll und ganz zu

„Ein selbstbestimmtes Leben darf auch keine Frage des Geschlechts sein. Wir GRÜNE wollen, dass Frauen und Männer endlich die gleichen Karrierechancen haben und gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit erhalten. Wir setzen uns für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, die bessere Bezahlung von typischen Frauenberufen sowie eine funktionierende Frauenquote ein.“ (Wahlprogramm S.193)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher nicht zu

„Wir erwarten daher von Unternehmen in Deutschland eine deutliche Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen und werden uns dafür auch im öffentlichen Dienst einsetzen. Eine gesetzliche Quote lehnen wir jedoch ab: So werden Frauen zu Platzhaltern degradiert und nicht entsprechend ihrer Leistungen gewürdigt. Wir setzen vielmehr auf Anreize für die Unternehmen, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen.“ (Wahlprogramm S.72)

[Quelle](#)

FPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Jedoch kann es in einem freiheitlichen Rechtsstaat niemals legitimes Ziel staatlichen Handelns sein, in willkürlich abgegrenzten gesellschaftlichen Teilbereichen eine ebenso willkürlich festgesetzte "Geschlechterquote" zu erzwingen. Genauso wenig kann eine gesetzlich vorgeschriebene Ungleichbehandlung ein Mittel zur Verwirklichung von Gleichberechtigung sein. Gesetze, die solches vorschreiben, sind verfassungswidrig und abzulehnen. Die AfD wird sich im Deutschen Bundestag für ihre Aufhebung einsetzen.“ (Wahlprogramm S.12).

Quelle

AFD

„Deutschland soll weiterhin unbegrenzt Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufnehmen.“

Stimme eher zu

„Wir wollen auch die illegale Zuwanderung weiter stark reduzieren. Das Grundrecht auf Asyl bleibt jedoch unangetastet. Nach dem geltenden Recht kann es nach Auffassung der CDU daher keine Obergrenze geben, da dies mit dem Asylrecht nicht vereinbar ist.“

[Quelle](#)

CDU

Stimme überhaupt nicht zu

„Die seit langem geforderte Obergrenze von 200 000 Flüchtlingen pro Jahr für Deutschland ist notwendig, um eine gelingende Integration zu gewährleisten. Unsere Aufnahmefähigkeit ist nicht grenzenlos.“ (Bayernplan S. 16)

[Quelle](#)

CSU

Stimme eher zu

„Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben. [...] Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas sichern und die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen.“ (Wahlprogramm S. 74)

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Wir wollen das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates für die Geflüchteten. Die Grenzen der EU müssen für schutzsuchende Menschen offen sein, es muss sichere und legale Fluchtwege geben.“ (Wahlprogramm S. 108)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme voll und ganz zu

„1949 hatte die Bundesrepublik im Grundgesetz eines der liberalsten Asylrechte verankert - auch als Lehre aus der deutschen Geschichte. Wir kämpfen entschlossen für das individuelle Grundrecht auf Asyl. Der uneingeschränkte Zugang zu einem fairen Asylrechtsverfahren muss garantiert sein.“ (Wahlprogramm S. 99)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher nicht zu

„Wir Freie Demokraten halten das Menschenrecht auf Asyl für nicht verhandelbar. Wir lehnen deshalb auch jede Form von festgelegten Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl klar ab. Eine solche Obergrenze würde dem Grundgesetz widersprechen.“ (Wahlprogramm S. 107)

[Quelle](#)

FPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um die unregelte Massimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden. [...]. Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine Minuszuwanderung.“ (Wahlprogramm S. 30)

Quelle

AFD

„Abgelehnte Asylbewerber und -bewerberinnen sollen konsequent abgeschoben werden – auch nach Afghanistan.“

Stimme eher zu

„Wir werden den Fahndungsdruck in der Drogen- und Straßenkriminalität weiter erhöhen: Durch verdeckte operative Maßnahmen, regelmäßige Kontrollen, offene Polizeipräsenz, beschleunigte Abschiebung von Straftätern mit ausländischem Hintergrund sowie gezielte Aufenthaltsverbote und deren Durchsetzung. Wir verstärken unsere Bemühungen, diejenigen zurückzuführen und gegebenenfalls abzuschieben, deren Anträge auf Asyl rechtskräftig abgelehnt werden.“ (Wahlprogramm S. 61-62)

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme überhaupt nicht zu

„Da die Sicherheitslage in Afghanistan kein sicheres Leben zulässt, werden wir bis auf weiteres keine Abschiebungen nach Afghanistan durchführen.“ (Wahlprogramm S. 77)

[Quelle](#)

SPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Abschiebungen lehnen wir ab. Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete und existenzielle Not wie Obdachlosigkeit, mangelhafte medizinische Versorgung und Diskriminierung werden wir sofort stoppen.“ (Wahlprogramm S. 117)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme überhaupt nicht zu

„Mit uns in der Bundesregierung wird es keine Abschiebungen in Krisenregionen geben, die so unsicher sind wie zum Beispiel Afghanistan momentan. Für uns steht das Schicksal des einzelnen Menschen im Mittelpunkt. Mit uns gibt es keine Grundgesetzänderung für eine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Das sind wir unserer Geschichte und unseren Werten schuldig.“ (Wahlprogramm S. 101)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme voll und ganz zu

„Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch funktionierende Rückführungsregelungen. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden.“ (Wahlprogramm S. 43)

[Quelle](#)

FPD

Stimme voll und ganz zu

„Alle abgelehnten Asylbewerber sind in ihre Herkunftsländer zurückzuführen.“ (Wahlprogramm S. 29)

[Quelle](#)

AFD

„Es soll Integrationskurse für alle Asylsuchenden geben, auch bei geringen Chancen auf ein Bleiberecht.“

Stimme eher zu

„Wir wollen, dass diejenigen, die dauerhaft oder für einige Jahre in Deutschland leben, sich in unsere Gesellschaft integrieren und Teil von ihr werden. Hierfür folgen wir dem Ansatz des Forderns und Förderns. Auch mit dem Integrationsgesetz von 2016 haben wir dafür die Voraussetzung geschaffen. Wir haben die Sprach- und Integrationskurse ausgeweitet und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt verbessert.“ (Wahlprogramm S. 74)

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme eher nicht zu

„Integrationskurse sollen besser auf Zielgruppen ausgerichtet werden. Sie sollen außerdem grundsätzlich allen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Geduldeten offenstehen, sofern nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben.“ (Wahlprogramm S. 87)

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete müssen frühzeitig Zugang zu Integrations- und Sprachkursen erhalten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.“ (Wahlprogramm S. 65)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme voll und ganz zu

„Derzeit entscheidet der Aufenthaltsstatus beziehungsweise die sogenannte Bleibeperspektive über die Integration. Das schließt viele Geflüchtete aus und es geht wertvolle Zeit verloren. Wir wollen Integrationsangebote von Anfang an allen Schutzsuchenden öffnen.“

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher nicht zu

„Deshalb wollen wir kostenfreie und verpflichtende Sprachkurse für jeden Flüchtling ab dem ersten Tag - unabhängig von der Aufenthaltsdauer.“

[Quelle](#)

FPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Jeder Migrant oder Einwanderer, dem wir ein dauerhaftes Bleiberecht zugestehen, hat eine Bringschuld, sich seiner neuen Heimat und der deutschen Leitkultur anzupassen, nicht umgekehrt.“ (Wahlprogramm S. 29-30)

[Quelle](#)

AFD

„Anstelle des Ehegattensplittings sollen Steuervorteile für Familien mit Kindern geschaffen werden.“

Stimme eher nicht zu

„Wir werden die finanzielle Situation junger Familien spürbar verbessern, indem wir den Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben. (...) Gleichzeitig wird der Kinderfreibetrag entsprechend erhöht.“ (Wahlprogramm S. 25)

[Quelle](#)

CDU

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir sagen: Hände weg vom Ehegattensplitting! Wir haben alle Versuche linker Parteien abgewehrt, die das Ehegattensplitting abschaffen wollten. Mit uns bleibt es dabei: Das Ehegattensplitting muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Wir werden das Ehegattensplitting nicht durch ein Familiensplitting ersetzen, sondern ein Kindersplitting zusätzlich einführen.“ (Bayernplan S. 8)

[Quelle](#)

CSU

Stimme eher zu

„Alle heutigen Eheleute werden auch in Zukunft das Ehegattensplitting nutzen können. Für die Zukunft führen wir einen Familientarif mit Kinderbonus ein. (...) Heutige Ehen können zwischen dem bisherigen System des Ehegattensplittings und unserem neuen Familientarif mit Kinderbonus frei wählen.“ (Wahlprogramm S. 50)

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt.“ (Wahlprogramm S.39)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme eher zu

„Aus diesen Gründen werden wir zur individuellen Besteuerung übergehen und das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern ersetzen. (...) Für Paare, die bereits verheiratet oder verpartnert sind, ändert sich nichts. Sie können sich für eine Individualbesteuerung entscheiden, wenn sie vom grünen Familien-Budget profitieren wollen.“ (Wahlprogramm S. 130)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher nicht zu

„Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten und Familien und Alleinerziehende dadurch entlasten, dass wir die Kinderfreibeträge anheben und Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar machen.“ (Wahlprogramm S. 120)

[Quelle](#)

FPD

[Zurück](#)

Stimme eher nicht zu

„Das Ehegattensplitting wird durch ein sozial gerechtes Familiensplitting ergänzt, bei dem das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird vor der Tarifierung.“ (Wahlprogramm S. 51)

Quelle

AFD

„Die Vermögenssteuer soll wieder eingeführt werden.“

Stimme überhaupt nicht zu

„Die Wiedereinführung der Vermögensteuer schließen wir aus.“ (Wahlprogramm S. 34)

[Quelle](#)

CDU/CSU

Teils/teils

„Auf die im SPD-Grundsatzprogramm enthaltene Forderung nach einer Vermögensteuer hatte die Parteispitze jedoch im Steuerkonzept für die kommende Legislaturperiode verzichtet. Allein schon wegen hoher rechtlicher Hürden sei deren Einführung vorerst nicht realistisch, hatte auch Parteivize Thorsten Schäfer-Gümbel argumentiert.“

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Wir finanzieren dieses Zukunftsprogramm, indem wir Reichtum begrenzen: Vermögen oberhalb einer Million Euro wollen wir besteuern, auch hohe Erbschaften.“ (Wahlprogramm S. 11)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme voll und ganz zu

„Auch Vermögende können mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen. Wir GRÜNE wollen eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche.“ (Wahlprogramm S. 194)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme überhaupt nicht zu

„Die Einführung neuer Steuern - wie etwa der Vermögensteuer oder Finanztransaktionssteuer - lehnen wir ab.“ (Wahlprogramm S. 120)

[Quelle](#)

FPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Die AfD ist für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögensteuer.“ (Wahlprogramm S. 51)

[Quelle](#)

AFD

„Investitionen in Sozialpolitik und Infrastruktur sollen Vorrang vor dem Schuldenabbau haben.“

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir wollen unseren Kindern und Enkelkindern ein geordnetes Gemeinwesen hinterlassen: Mit eigenen Gestaltungsspielräumen und ohne erdrückende Lasten aus der Vergangenheit. Der Staat darf dauerhaft nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Deshalb sind solide Staatsfinanzen so wichtig. Auf diesem Weg sind wir erheblich vorangekommen, und wir möchten, dass dies auch künftig so bleibt.“ (Wahlprogramm S. 31)

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme eher zu

„Deshalb gilt für uns bei der Steuer- und Finanzpolitik: Vorfahrt für Investitionen. (...) Wir werden die zusätzlichen Zukunftsinvestitionen in diesen Bereichen aus den Überschüssen im Bundeshaushalt bis 2021 finanzieren.“ (Wahlprogramm S. 48)

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Wir haben ein Programm für die Zukunft, das sich am Bedarf und den Bedürfnissen der Menschen orientiert - weg mit der Politik von Schuldenbremse und "Schwarzer Null": Wir investieren in Bildung und Gesundheit, in mehr Personal in Pflege und Erziehung, in sozialen Wohnungsbau. Wir investieren in erneuerbare Energien, öffentlichen Nahverkehr, schnelle Internetverbindungen und in Barrierefreiheit.“ (Wahlprogramm S. 43)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme eher zu

„Die Erträge, zum Beispiel von Investitionen in Bildung, sind deutlich höher als die Zinsen, die wir derzeit für unsere Kredite bezahlen müssen, und Zukunftsinvestitionen bedeuten mehr Nachfrage und damit mehr Aufträge für unsere Wirtschaft vor Ort und gute Arbeitsplätze. (...) Die ausschließliche Fixierung auf die schwarze Null trägt nicht zur Generationengerechtigkeit bei. Diese erreichen wir erst, wenn neben der Begrenzung der Verschuldung Investitionen in die Zukunft des Landes getätigt werden.“ (Wahlprogramm S. 224)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine Altschulden abbaut, statt sich auf der "schwarzen Null" auszuruhen. Denn sollte eines Tages das Zinsniveau wieder ansteigen, dann bricht uns der hohe Schuldenberg möglicherweise finanziell das Genick.“ (Wahlprogramm S. 126)

[Quelle](#)

FPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Eine durch Staatsverschuldung finanzierte Stützung der Renten- und Sozialsysteme kommt für die AfD nicht in Betracht. Dies wäre keine nachhaltige Politik. Auch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse verbietet eine solche Politik. Vorrangig sind Subventionen abzubauen und überflüssige Staatsausgaben zu kürzen.“ (Wahlprogramm S. 51)

Quelle

AFD

„Spitzenverdiener sollen steuerlich höher belastet werden.“

Stimme überhaupt nicht zu

„Im Gegensatz zu anderen Parteien sagen wir: Wir wollen keine Steuererhöhungen. Sie würden Facharbeiter und Mittelstand treffen, Investitionen in unsere Zukunft bremsen und deshalb für alle mehr Schaden als Nutzen stiften. Das lehnen wir ab. [...] Der Spitzensteuersatz, der immer häufiger bereits bei Einkommen von Facharbeitern, Handwerkern und Mittelständlern greift, soll künftig erst bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60.000 Euro einsetzen.“ (Wahlprogramm S. 32)

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme voll und ganz zu

„Um dies finanzieren zu können, möchten wir den Spitzensteuersatz linear-progressiv auf 45 Prozent anheben, der dann ab 76.200 Euro zu versteuerndem Einkommen für Singles / 152.400 für Ehepaare fällig wird. (...) Besonders Bürgerinnen und Bürger sollen und können einen größeren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Investitionen und zur Entlastung von unteren und mittleren Einkommen leisten. Daher möchten wir die so genannte Reichensteuer in Höhe von drei Prozent auf den Spitzensteuersatz zukünftig ab einem zu versteuernden Einkommen für Ledige von 250.000 Euro fix erheben.“ (Wahlprogramm S. 52)

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent auf die Teile des zu versteuernden Einkommens oberhalb von rund 260.000 Euro Jahreseinkommen und 75 Prozent auf die oberhalb einer Million Euro.“ (Wahlprogramm S. 11)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme eher zu

„Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen.“ (Wahlprogramm S. 194)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme überhaupt nicht zu

„Heute steigt die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell an. Das ist leistungsfeindlich und ungerecht. Ein Durchschnittsverdiener darf nicht fast schon den höchsten Steuersatz zahlen. Deshalb wollen wir den Tarif "nach rechts verschieben", sodass der jeweils nächste Steuersatz erst bei einem höheren Einkommen steigt.“ (Wahlprogramm S. 120)

[Quelle](#)

FPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Das Existenzminimum von jährlich 10 000 Euro bleibt steuerfrei. Bis 15 000 Euro muss ein Satz von 15 Prozent gezahlt werden, bis 20 000 von 20 Prozent. Verdienste über 20 000 werden mit 25 Prozent besteuert - egal ob 20 001 oder 500 000 Euro. Steuersätze darüber - wie der derzeitige Spitzensteuersatz von 45 Prozent - entfallen.“

Quelle

AFD

„Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union ist eine gute Sache.“

Stimme voll und ganz zu

„Auch Deutschland geht es auf Dauer nur gut, wenn es Europa gut geht. Die Europäische Union ist mehr als eine Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft: Vor allem sichert uns die Einheit Europas seit mehr als sechs Jahrzehnten Freiheit und Sicherheit, Frieden und Wohlstand. Wir wollen diese Einheit stärken und die EU handlungsfähiger machen. Die CDU war, ist und bleibt die Partei der Europäischen Idee.“

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme voll und ganz zu

„Deshalb kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Europa - gerade jetzt, da das Einigungswerk von innen wie von außen bedroht ist wie vielleicht noch nie in seiner Geschichte. Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa!“

[Quelle](#)

SPD

Stimme eher nicht zu

„DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Die Verträge von Maastricht und Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU eingeschrieben. Wir brauchen eine grundsätzliche soziale und demokratische Alternative zu dieser neoliberalen EU: mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen.“

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme voll und ganz zu

„Die Europäische Union ist eine große Errungenschaft. Sie bedeutet: Zusammenarbeit statt Nationalismus, nie wieder Krieg. Sie hat trennende Grenzen überwunden und ist seit 70 Jahren Garant für Frieden. Aus einst verfeindeten Staaten wurden Freunde und Partner. Vor allem für die junge Generation ist europäisches Miteinander Alltag. Dieses Europa ist uns jede Mühe wert, unabhängig davon, wie groß die inneren Krisen und äußeren Herausforderungen sind.“

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme voll und ganz zu

„Europa ist ein großartiges Projekt, das uns Frieden, Freiheit und Wohlstand bringt.“

[Quelle](#)

FPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar. Die Geschäftsgrundlage des Euro war: keine Haftung für die Schulden anderer Länder und keine Staatsschulden über 60% des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Diese Regeln sind zerstört worden. Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.“

[Quelle](#)

AFD

[Zurück](#)

„Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen beendet werden.“

Stimme eher zu

„Wir möchten daher die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen. Eine enge und besondere Zusammenarbeit dient sowohl den Menschen in Europa als auch in der Türkei. Wir wollen daher eine möglichst starke Kooperation zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie eine enge strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil sie die Voraussetzungen für einen Beitritt nicht erfüllt.“ (Wahlprogramm S. 58)

[Quelle](#)

CDU

Stimme voll und ganz zu

„Es kann keine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU geben. Für die Zukunft muss versucht werden, mit der Türkei eine neue Form der europäischen Nachbarschaft als Sicherheits- und Wirtschaftspartner zu finden.“ (Bayernplan S. 29)

[Quelle](#)

CSU

Stimme eher nicht zu

„Die Wahrheit ist: Weder die Türkei noch die Europäische Union sind in absehbarer Zeit für einen Beitritt zur Europäischen Union bereit. Allerdings sind die Beitrittsverhandlungen das einzige kontinuierliche Gesprächsformat der Europäischen Union mit der Türkei. Eine Isolierung der Türkei ist nicht im Interesse Europas. [...] Klar ist: Hält die türkische Regierung an ihrem konfrontativen Kurs fest, entfernt sie die Türkei von Europa. Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union! Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden.“ (Wahlprogramm S. 100)

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„DIE LINKE wendet sich dagegen, EU-Beitrittsverhandlungen mit autoritären Regimen wie im Falle der Türkei zu intensivieren. Wir treten für eine radikale Wende der deutschen und europäischen Türkeipolitik ein.“ (Wahlprogramm S. 100)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme überhaupt nicht zu

„Das gilt auch für die Fortführung der Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen. Sie jetzt komplett abzubrechen, würde das falsche Signal an die proeuropäischen und demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.“ (Wahlprogramm S. 76)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme voll und ganz zu

„Wir Freie Demokraten wollen die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei in der bisherigen Form beenden und die Beziehungen mit der Türkei auf eine neue Grundlage enger sicherheits- politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Denn eine von Präsident Erdogan zunehmend autoritär regierte Türkei kann für uns Freie Demokraten kein Kandidat für eine Vollmitgliedschaft in der EU sein. Grundlage für die Mitgliedschaft in der EU sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien. Insbesondere die darin geforderten Bedingungen für einen funktionierenden Rechtsstaat erfüllt die Türkei zurzeit eindeutig nicht.“ (Wahlprogramm S. 102)

[Quelle](#)

FPD

Stimme voll und ganz zu

„Die AfD lehnt ferner den Beitritt der Türkei zur EU ab und fordert das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen.“ (Wahlprogramm S. 19)

[Quelle](#)

AFD

„Wenn Großbritannien nach dem Brexit keine Personenfreizügigkeit gewährt, soll es keinen Zugang zum EU-Binnenmarkt bekommen.“

Stimme eher zu

„Großbritannien hat sich entschieden, die Europäische Union zu verlassen. Es liegt in unserem Interesse, dass wir auch nach dem BREXIT mit Großbritannien intensive wirtschaftliche und politische Verbindungen pflegen. (...) Klar ist aber auch: Wer die EU verlässt, kann nicht weiter von allen Vorteilen der Gemeinschaft profitieren.“ (Wahlprogramm S. 58)

[Quelle](#)

CDU

Stimme eher nicht zu

„Großbritannien muss ein Teil Europas und ein enger Partner Deutschlands bleiben. Es liegt in unserem Interesse, dass wir mit Großbritannien auch nachdem Brexit intensive wirtschaftliche und politische Verbindungen pflegen. Großbritannien ist für Bayern das wichtigste europäische Exportland. Wir streben ein Handelsabkommen an, das möglichst nah am Status quo ist, aber unberechtigte Sonderregelungen vermeidet. Die finanziellen wie auch wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexit sollen für die Menschen so minimal wie möglich ausfallen.“

(Bayernplan S. 29)

[Quelle](#)

CSU

Stimme eher zu

„Ein Land, das nicht mehr Mitglied der Europäischen Union sein will, kann auch nicht dessen Vorteile genießen. Die vier Grundfreiheiten (freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) und der Binnenmarkt sind untrennbar miteinander verbunden. Bei den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien gibt es kein "Europa à la carte". Natürlich ist eine enge Partnerschaft mit Großbritannien auch künftig in beiderseitigem Interesse, vor allem bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Für uns ist aber in den Verhandlungen das wichtigste deutsche Interesse der Erhalt der europäischen Einigung.“ (Wahlprogramm S. 100)

[Quelle](#)

SPD

Stimme eher nicht zu

„DIE LINKE setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass bei den Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU: 1. der Schutz des Rechts auf Arbeitnehmerfreizügigkeit gewahrt bleibt, damit britische Staatsbürger weiterhin das Recht haben, in EU-Mitgliedstaaten zu arbeiten und gleichzeitig Bürger von Mitgliedsstaaten der EU in Großbritannien arbeiten können. 2. Das Bleiberecht von britischen Staatsbürgern mit Wohnsitz in EU-Mitgliedsstaaten sowie das Bleiberecht von Bürgern aus EU-Mitgliedsstaaten in Großbritannien gewahrt bleibt.“ (Wahlprogramm S. 103)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme eher zu

„Der Zusammenhalt der EU 27 und die Interessen ihrer Mitgliedstaaten haben zweifelsfrei Priorität, deswegen darf es keinen "Austritt à la carte" geben. Ein freier Zugang zum EU-Binnenmarkt darf wie bisher nur möglich sein, wenn die Einheitlichkeit des Europarechts, die Rechtssetzung und Jurisdiktion der Gemeinschaftsorgane und die Geltung aller vier Grundfreiheiten, insbesondere der Personenfreizügigkeit, gewahrt bleiben.“ (Wahlprogramm S.69)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher zu

„Es ist wichtig, Großbritannien als einen starken Partner der EU zu erhalten, aber nicht um jeden Preis: Ein "Rosinenpicken" oder die Aufgabe grundlegender Prinzipien des Binnenmarktes kommen für uns nicht infrage.“ (Wahlprogramm S. 103)

[Quelle](#)

FDP

Stimme überhaupt nicht zu

„Die EU-Kommission versucht Großbritannien in einer Art unter Druck zu setzen, die in keiner Weise als partnerschaftlich beschrieben werden kann. (...) Anstatt maximalen Schaden anzurichten, sollten sich die Verhandlungsführer darauf konzentrieren, vernünftige bilaterale Regelungen zu treffen, die für beide Seiten von Vorteil sind. Großbritannien muss geregelt und ohne Vorbedingungen in den europäischen Binnenmarkt zurückfallen.“

[Quelle](#)

AFD

„Ökonomisch schwächere Länder, wie z.B. Griechenland, sollten nicht in der Eurozone sein.“

Teils/teils

Aus dem Lager der Union sind in dieser Sache unterschiedliche Positionen zu hören. Laut Generalsekretär Wolfgang Steiger sei auch ein Austritt des Landes aus der Euro-Zone sei - zumindest übergangsweise - ins Kalkül zu ziehen. Im Regierungsprogramm (S. 58) wird hingegen formuliert: „Wir sind bereit, bei der Überwindung der Probleme gerade beim Abbau der hohen Jugendarbeitslosigkeit solidarisch zu helfen, denn wir wollen den Erfolg der gesamten EU“

[Quelle 1](#)

[Quelle 2](#)

CDU

Stimme eher nicht zu

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hat angesichts einer neuen Debatte über einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone vor einem ernststen Schaden für Europa gewarnt. "Wer jetzt wieder mit dem Grexit liebäugelt, spielt mit der Spaltung des Kontinents", sagte er der "Welt". "Das ist vielleicht im Interesse von Donald Trump oder Marine Le Pen. Aber ganz sicher nicht im Interesse Deutschlands und Europas. Das ist brandgefährlich."

[Quelle](#)

SPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir lehnen alle Bestrebungen ab, Euro-Länder, die die neoliberale Politik beenden wollen, mit der Drohung eines Ausschlusses aus der Eurozone zu erpressen.“ (Wahlprogramm S. 102)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme eher nicht zu

„Wir Grüne setzen auf eine Politik, die europäische Solidarität zum Kompass macht. Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen. Ein Kerneuropa oder eine Spaltung der EU lehnen wir ab. Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten darf nicht der Standardmodus, muss aber möglich sein. Diese verstärkte Zusammenarbeit muss stets für alle EU-Staaten offen und im Rahmen der EU-Verträge organisiert sein.“

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme voll und ganz zu

„Wir Freie Demokraten wollen die europäischen Verträge so anpassen, dass Mitgliedstaaten nach einem geregelten Verfahren aus dem Euro-Währungsgebiet austreten können, ohne ihre EU-Mitgliedschaft zu verlieren. Denn wenn ein Staat dauerhaft überfordert ist, seine Wettbewerbsfähigkeit und Schuldentragfähigkeit innerhalb der Währungsunion wiederherzustellen, kann der Austritt aus dem Euro sinnvoll und notwendig sein.“ (Wahlprogramm S. 124)

[Quelle](#)

FPD

Stimme voll und ganz zu

„Mittlerweile ist der Punkt erreicht, an dem Griechenland möglicherweise nicht nur aus dem Euro, sondern auch aus der EU austreten sollte.“

[Quelle](#)

AFD

„Es soll ein generelles Verbot von Rüstungsexporten deutscher Firmen geben.“

Stimme eher nicht zu

„Rüstungsexporte - ich sage das in aller Klarheit und Deutlichkeit für unsere Fraktion - sind ein legitimes, sinnvolles, notwendiges Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik.“

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme eher zu

„Um diese Ansätze glaubhaft umsetzen zu können, ist die Eindämmung der Rüstungsexporte zwingend. Die SPD hat deshalb in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat.“ (Wahlprogramm S. 104)

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Als ersten Schritt wollen wir alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten. (...) Unser Ziel ist, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird.“ (Wahlprogramm S 96)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme eher zu

„Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten verschärft diese, statt sie einzudämmen und zu lösen. (...) Deshalb werden wir mit einem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an strenge Kriterien geknüpft und massiv begrenzt wird.“ (Wahlprogramm S. 83)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher nicht zu

„Es sollte deshalb auch für die Zukunft Grundpfeiler deutscher Außenpolitik sein, Rüstungsexporte in Konfliktregionen auszuschließen. Die Entscheidung über Rüstungsexporte soll auch weiterhin durch die Bundesregierung erfolgen als Teil ihrer exekutiven Kernaufgaben. Jedoch fordern wir, dass ein Rüstungsexportgesetz die bestehenden nationalen, europäischen und internationalen Exportrichtlinien deutlich präzisiert und dadurch zu mehr Transparenz im Regierungshandeln und zu besserer Beteiligung des Deutschen Bundestags führt.“ (Wahlprogramm S.116)

[Quelle](#)

FPD

„Deutschland soll außenpolitisch unabhängiger von den USA sein.“

Stimme eher nicht zu

„Die USA sind und bleiben unser wichtigster außereuropäischer Partner. Wir verdanken ihnen viel: Ihr Vertrauen und ihre Unterstützung nach dem Zweiten Weltkrieg haben Deutschlands Weg zurück in die Familie der freien demokratischen Nationen und die deutsche Wiedervereinigung erst ermöglicht. Und auch angesichts der zukünftig absehbaren Herausforderungen verbinden uns Europäer gemeinsame Werte mit unseren nordamerikanischen Partnern enger, stärker und haltbarer als mit irgendeiner anderen Region der Welt. Wir haben darum ein fundamentales sicherheitspolitisches Interesse an einem starken und verlässlichen Partner USA.“

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme eher nicht zu

„Die USA sind und bleiben der engste Partner Deutschlands außerhalb Europas - dies gilt unabhängig davon, wer in den USA regiert. Europa und die USA sind auf engste Weise in einer Interessen- und Wertegemeinschaft verbunden, deren Fundament das Eintreten für Freiheit und Demokratie ist. In einer Zeit, in der diese Werte vielerorts unter Druck stehen und gefährdet sind, ist es umso wichtiger, diese Partnerschaft weiter zu stärken.“

[Quelle](#)

SPD

Stimme eher zu

„Angesichts des Wahlsiegs von Donald Trump in den USA, (...) betont DIE LINKE die Verpflichtungen, die aus der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands resultieren.“

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme eher zu

„Deutschland und Europa müssen mehr Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und kooperativen Weltordnung übernehmen.“

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher nicht zu

„Wir Freie Demokraten bekennen uns zu der transatlantischen Partnerschaft. Die transatlantischen Beziehungen, die auch Belastungen aushalten, sind eines der großen friedensstiftenden Elemente in Europa und der Welt. Sie sind aufgrund der vielen Vorteile Kernbestand liberaler Außenpolitik. (...) Doch aus berechtigter Kritik an der Politik der neuen US-Regierung darf kein Antiamerikanismus werden.“

[Quelle](#)

FPD

Stimme eher zu

„Die USA sind der wichtigste Bündnispartner Deutschlands. Leitbild einer interessengeleiteten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist die Gleichberechtigung beider Partner. Die zunehmende Fokussierung der USA auf den pazifischen und ostasiatischen Raum erfordert eine autonome deutsche Sicherheitsstrategie.“

[Quelle](#)

AFD

„Deutschland soll seine Militärausgaben erhöhen, um das 2%-Ziel der Nato einzuhalten.“

Stimme voll und ganz zu

„Zentral für die wachsende Bundeswehr ist die "Trendwende Finanzen". Wie auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales vereinbart, wollen wir unsere Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahre 2024 schrittweise in Richtung 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Dieser Beschluss dient unserer eigenen Sicherheit vor Gefährdungen von außen.“ (Wahlprogramm S. 65)

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme überhaupt nicht zu

„Eine apodiktische Festlegung auf einen Anteil der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts käme einer Verdoppelung unserer derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das wird es mit der SPD nicht geben. Nicht nur, weil dies eine völlige überdimensionierung der Ausgaben wäre, sondern vor allem auch, weil Sicherheit und Stabilität gerade nicht ausschließlich durch Militärausgaben gewährleistet werden können.“ (Wahlprogramm S. 106)

[Quelle](#)

SPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir lehnen Aufrüstung, Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie jegliche deutsche Unterstützung von Militärinterventionen ab. Die Militärausgaben dürfen nicht erhöht, sondern müssen deutlich gesenkt werden. Statt wie die Bundesregierung auf Aufrüstung, Konfrontation und Sanktionen gegen Russland zu setzen, werden wir eine Friedens- und Entspannungspolitik einleiten.“ (Wahlprogramm S. 11)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme überhaupt nicht zu

„Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab. Uns geht es darum, durch engere gemeinsame Planung, Kooperation und Koordination Fähigkeiten auf europäischer Ebene zu bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher Gelder fortzusetzen.“ (Wahlprogramm S. 76)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher zu

„Darüber hinaus wollen wir das Atlantische Bündnis stärken und weiterentwickeln. Dazu gehört einerseits die weitere Anhebung des Verteidigungsetats bis 2024, andererseits die Verwendung dieser Mittel in die dringend benötigten Fähigkeiten und Ressourcen, die Deutschland für seine Sicherheit selbst aufbringen muss.“ (Wahlprogramm S. 101)

[Quelle](#)

FPD

Stimme eher zu

„Im Einklang mit den langjährigen Forderungen der USA nach einer gerechten Verteilung der Lasten und den europäischen Bestrebungen nach mehr Mitsprache in der NATO ist es nur folgerichtig und in deutschem Interesse, den europäischen Einfluss in der NATO zu stärken. Die NATO muss wieder ein reines Verteidigungsbündnis werden. Die Landesverteidigung ist durch die europäischen Staaten weitgehend eigenständig zu gewährleisten.“

(Wahlprogramm S. 18)

[Quelle](#)

AFD

„Die Sanktionen gegenüber Russland sollen gelockert werden.“

Stimme eher nicht zu

„Wir unterstützen ausdrücklich die Auffassung der G7-Staaten, dass eine Aufhebung der Sanktionen an die vollständige Umsetzung des Minsker Abkommens gekoppelt ist. Einen Rabatt kann es angesichts der massiven Verletzungen des Völkerrechts von Seiten Russlands nicht geben. Mit der Annexion der Krim und dem Vorgehen in der Ostukraine stellt Russland die europäische Friedensordnung nach 1945 mutwillig und gewaltsam in Frage.“

[Quelle](#)

CDU

Stimme voll und ganz zu

„Wir setzen uns für einen Fahrplan zur Rückführung der Russland-Sanktionen ein und unterstützen einen flexiblen Abbau der Sanktionen bei schrittweiser Umsetzung des Minsker Abkommens.“ (Bayernplan S. 29)

[Quelle](#)

CSU

Stimme eher nicht zu

„Substanzielle Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens würden eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Russland nach sich ziehen.“ (Wahlprogramm S. 107)

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Statt wie die Bundesregierung auf Aufrüstung, Konfrontation und Sanktionen gegen Russland zu setzen, werden wir eine Friedens- und Entspannungspolitik einleiten.“ (Wahlprogramm S. 12)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme überhaupt nicht zu

„Eine Lösung des Konfliktes in der Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsk-Prozess fest. Wir halten gezielte Sanktionen der EU gegen verantwortliche Individuen, öffentliche und privatwirtschaftliche Institutionen für ein wirksames Mittel der Außenpolitik und halten derzeit an der Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation fest.“ (Wahlprogramm S. 75)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher nicht zu

„Solange Präsident Putin seine Interventionspolitik fortsetzt, müssen daher die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten und eine Wiederaufnahme Russlands in die G8 ausgeschlossen werden. Im Falle einer erneuten militärischen Eskalation müssen die Sanktionen gegen Russland weiter verschärft werden. Im Gegenzug können Sanktionen bei einem substanziellen Einlenken der russischen Regierung gelockert oder aufgehoben werden.“ (Wahlprogramm S. 101)

[Quelle](#)

FPD

[Zurück](#)

Stimme voll und ganz zu

„Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interessen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen. Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sollte vielmehr vertieft werden.“ (Wahlprogramm S. 19)

[Quelle](#)

AFD

„Gleichgeschlechtliche Ehepaare sollen kein vollständiges Adoptionsrecht haben.“

Stimme eher zu

Es findet sich keine Position im aktuellen Wahlprogramm, die Parteiposition kann allerdings aus dem entsprechenden Abstimmungsverhalten der Fraktionsmitglieder abgeleitet werden.

[Quelle](#)

CDU

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir werden daher die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen und wollen die Ehe für alle. Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein.“ (Wahlprogramm S. 84)

[Quelle](#)

SPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir wollen, dass die vielfältigen Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz ein. Dazu gehört, die Ungleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften zu überwinden. Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den Pflichten gleichgestellt (z. B. gegenseitige Unterhaltspflichten). Doch gleiche Rechte, wie z. B. ein gemeinsames Adoptionsrecht, haben sie nicht.“ (Wahlprogramm S. 69)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme überhaupt nicht zu

„Ohne die volle Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren bleibt jedes Reden über Akzeptanz heiße Luft. Für uns GRÜNE war es ein großer Erfolg, die eingetragene Lebenspartnerschaft einzuführen, aber noch sind wir nicht am Ziel. Noch immer bestehen Diskriminierungen. Wir wollen diese Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften beenden und - längst überfällig - die Ehe für Alle öffnen und auch gleichgeschlechtlichen Paaren die gemeinschaftliche Adoption ermöglichen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und gleiche Rechte“ (Wahlprogramm S. 126)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir Freie Demokraten fordern die Öffnung der Ehe für alle. In der halben EU, den USA, Kanada, Südafrika und selbst in Teilen Mittel- und Südamerikas wurde die gleichgeschlechtliche Ehe bereits anerkannt. In Deutschland stellt man sich jedoch immer noch gegen ein Stück Fortschritt, der für viele gar nichts, aber für manche alles ändert. Wir Freie Demokraten wollen das Prinzip "Gleiche Pflichten, gleiche Rechte" für alle Paare umsetzen - einschließlich vollem Adoptionsrecht und freiem Zugang zur Reproduktionsmedizin.“ (Wahlprogramm S. 92)

[Quelle](#)

FPD

Stimme voll und ganz zu

„Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes "Familie" in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.“
(Wahlprogramm S. 39)

[Quelle](#)

AFD

„Christliche Werte sollen das Leitbild deutscher Politik sein.“

Stimme eher zu

„Die christlichen Kirchen leisten seit Jahrzehnten einen unverzichtbaren Beitrag zum geistigen Leben in Deutschland und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unsere Wurzeln sind christlich-sozial, liberal und konservativ.“

[Quelle](#)

CDU

Stimme voll und ganz zu

„Leitkultur umfasst die bei uns geltende Werteordnung christlicher Prägung, unsere Sitten und Traditionen sowie die Grundregeln unseres Zusammenlebens. Leitkultur ist das Gegenteil von Multikulti und Beliebigkeit.“

[Quelle](#)

CSU

Stimme eher nicht zu

„Der interreligiöse Dialog und das Wissen über Religionen und Kulturen sind wichtig für ein friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt. Wer ein aufgeklärtes Wissen über die eigene und andere Religionen hat, ist oft weniger anfällig für Extremismus. Wir wollen daher allen Kindern Religions- und Ethikunterricht ermöglichen. Wir unterstützen den islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache [...]“

[Quelle](#)

SPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Ein staatlicher Vertrag wie die Verfassung muss frei sein von religiösen Bezügen und Symbolen. [...]. Insofern finde ich die Entscheidung richtig, dass der Gottesbezug in der Verfassung nicht auftaucht. In der deutschen Verfassung gibt es noch diesen Gottesbezug. Ihrer Meinung nach zu Unrecht? Meiner Meinung nach gehören in staatliche Dokumente also auch ins Grundgesetz generell keine religiösen Bezüge.“

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme überhaupt nicht zu

„Eine Gesellschaft, in der jeder Mensch glauben kann, was er will, lieben und heiraten kann, wen er will.“
(Wahlprogramm S. 10)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme überhaupt nicht zu

„Denn zur Freiheit des Einzelnen gehört die Suche nach dem Sinn und den Werten des eigenen Lebens, die viele Menschen in ihrer persönlichen Glaubensüberzeugung und Weltanschauung finden. Daher soll jeder seine Religion ausüben oder seiner atheistischen oder agnostischen Überzeugung folgen können.“

[Quelle](#)

FPD

Stimme eher zu

„Die AfD bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Diese fußt auf den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung.“ (Wahlprogramm S. 47)

[Quelle](#)

AFD

„Ein Überwachungsprogramm im Internet ist für die Bekämpfung des Terrorismus notwendig.“

Stimme voll und ganz zu

„Die Bedrohungslage erfordert es, über Kompetenzen und Formen der Zusammenarbeit der Sicherheitsinstitutionen sowie über Instrumente nachzudenken, um (potenzielle) Terroristen früh zu erkennen. [...] Daten und ihre Analyse bedeuten heute Sicherheit. Je größer die Gefahr für Leib und Leben, desto eher ist ein Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu rechtfertigen, denn Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Um den internationalen Terror zu bekämpfen, braucht man deshalb auch die dafür notwendigen Kommunikations-, Reise- und Finanzdaten.“

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme eher zu

„Das Internet ist ein freier, aber kein rechtsfreier Raum. Wir wollen das IT-Sicherheitsgesetz fortschreiben und weiterentwickeln, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen. Die Sicherheitsbehörden werden wir personell und technisch besser ausstatten und mehr fachliche Expertise hinzuziehen.“

[Quelle](#)

SPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Unter dem Vorwand der Sicherheit und des Kampfes gegen den Terrorismus werden Überwachungstechnik und Datensammlung ausgebaut und die Freiheitsrechte ausgehöhlt, die man zu verteidigen vorgibt.“

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme überhaupt nicht zu

„Ob private Kommunikation, öffentliche Stellen, die Wirtschaft oder digitale Infrastrukturen - als GRÜNE setzen wir uns für die Sicherheit aller im Digitalen ein. Hier muss der Staat endlich mit effektiven wie rechtsstaatlichen Maßnahmen seiner Schutzpflicht nachkommen. Daher lehnen wir es ab, dass staatliche oder private Akteur*innen IT-Sicherheitslücken für den eigenen Nutzen und zum Schaden der Allgemeinheit geheim halten. Vielmehr müssen sie diese Lücken melden, damit sie rasch geschlossen werden können.“ (Wahlprogramm S. 164)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme überhaupt nicht zu

„Wir Freie Demokraten kämpfen gegen jede anlasslose Erhebung und Speicherung von personenbezogenen Daten - sei es aufgrund von Vorratsdatenspeicherung, Fluggastdatenerhebung oder automatischer Kennzeichenerfassung mit dauerhafter Datenspeicherung.“

[Quelle](#)

FPD

Stimme eher nicht zu

„Die AfD fordert weniger Überwachung im Internet und mehr Möglichkeiten für den Einzelnen, seine Daten zu schützen. Sie will die europäische Datenschutzgrundverordnung unterstützen und den Begriff private Daten ausweiten, also mehr Datenarten als privat behandeln. Die Partei wünscht sich außerdem, dass mehr quelloffene Software eingesetzt wird, dass Ende-zu-Ende-Verschlüsselung nicht verboten wird und dass der Staat keine sogenannten Trojaner einsetzt, um die Computer von Kriminellen zu infiltrieren.“

Quelle

AFD

„Volksentscheide sollen auch auf Bundesebene durchgeführt werden.“

Stimme überhaupt nicht zu

„Die CDU befürwortet Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide vor Ort. Hier kennen die meisten Menschen die Zusammenhänge. Deutschland muss aber immer als Ganzes gedacht werden. Dabei hat sich die parlamentarisch-repräsentative Demokratie bewährt. Sie sorgt für Interessenausgleich und das Ausbalancieren politischer Kräfte.“

[Quelle](#)

CDU

Stimme voll und ganz zu

„Die CSU möchte künftig auch im Bund das Volk bei grundlegenden Fragen für Land und Menschen direkt beteiligen. Insbesondere bei nicht zu revidierenden Weichenstellungen und bei europäischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Bevölkerung in Abstimmungen entscheiden. Wir wollen, dass das Grundgesetz durch das deutsche Volk auch auf dem Weg von Volksbegehren und Volksentscheid mit Zweidrittel-Mehrheit geändert werden kann. Der Wesenskern der Verfassung, der Grundrechte und der föderalen Ordnung sind davon ausgenommen.“ (Bayernplan S. 18)

[Quelle](#)

CSU

Stimme voll und ganz zu

„Der Verbindung von aktivierendem Staat und aktiver Zivilgesellschaft dient auch die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger durch Volksbegehren und Volksentscheide. In gesetzlich festzulegenden Grenzen sollen sie die parlamentarische Demokratie ergänzen, und zwar nicht nur in Gemeinden und Ländern, sondern auch im Bund. Wo die Verfassung der parlamentarischen Mehrheit Grenzen setzt, gelten diese auch für Bürgerentscheide.“

[Quelle](#)

SPD

Stimme voll und ganz zu

„Wir wollen die Demokratie ausweiten: indem wir mehr direkten Einfluss von Bürgerinnen und Bürgern auf politische Entscheidungen schaffen. Wir brauchen mehr direkte Demokratie und Volksentscheide auch auf Bundesebene“ (Wahlprogramm S. 108)

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme eher zu

„Demokratie lebt auch vom Vertrauen in die Wähler*innen, deshalb wollen wir GRÜNE Elemente direkter Demokratie auch in der Bundespolitik stärken. Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in die Verfassung einführen. Für eine offene Gesellschaft spielt eine lebendige Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle.“ (Wahlprogramm S. 148)

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher nicht zu

„Wir stärken die liberale Demokratie als Lebensform, indem wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung sowie den probeweisen Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene und Landesebene unterstützen.“

[Quelle](#)

FPD

Stimme voll und ganz zu

„Das Volk soll auch die Möglichkeit erhalten, eigene Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen. Die AfD fordert Volksentscheide nach Schweizer Vorbild auch für Deutschland. Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden.“

[Quelle](#)

AFD

„Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgeweitet werden.“

Stimme voll und ganz zu

„Wir haben die Strafen für Wohnungseinbruch endlich verschärft, Telefonverbindungen von Einbrechern können endlich überwacht, Serienstraftaten können besser aufgeklärt und die Video-Überwachung verstärkt eingesetzt werden.“

[Quelle](#)

CDU/CSU

Stimme eher zu

„Wir werden die Attraktivität von Bahnhöfen fördern und die Sicherheit der Reisenden im Schienenverkehr durch mehr Bundespolizei und Videoüberwachung an Bahnhöfen verbessern. (...) Wo Videotechnik hilft, Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern, soll sie eingesetzt werden.“

[Quelle](#)

SPD

Stimme überhaupt nicht zu

„Der öffentliche Raum wird im Namen der Sicherheit einer permanenten Überwachung unterworfen (...). DIE LINKE kämpft für die Verteidigung und Wiedereinsetzung der Grund- und Bürgerrechte.“

[Quelle](#)

DIE LINKE

Stimme eher nicht zu

„Es ist viel wirksamer, gezielt mit verhältnismäßigen Mitteln einige hundert Personen zu überwachen, die hierfür auch einen hinreichenden Anlass geboten haben, als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger anlasslos mit der Vorratsdatenspeicherung, flächendeckender Videoüberwachung oder automatisierter Gesichtserkennung zu erfassen. Wir lehnen diese jeweils ab.“

[Quelle](#)

Die Grünen

Stimme eher nicht zu

„Wir Freie Demokraten wollen Videoüberwachung verantwortungsvoll einsetzen. Die Ausweitung der Videoüberwachung ist ebenso wenig ein Allheilmittel wie ein geeignetes Mittel zur Terrorabwehr. (...) Die FDP plädiert deshalb dafür, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob von der Installation weiterer Videoüberwachungstechnik ein signifikanter Sicherheitsgewinn oder eine deutlich verbesserte Möglichkeit der Verfolgung von drohenden Straftaten zu erwarten ist. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab.“

[Quelle](#)

FPD

Stimme voll und ganz zu

„Für die Verbesserung der Fahndungsmöglichkeiten sollen die Polizeibehörden an kriminalitätsneuralgischen öffentlichen Plätzen und Gebäuden eine Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware einsetzen können.“

[Quelle](#)

AFD